

# GELEITWORT

|| Susanne Luther

Liebe Leserinnen und Leser,

„Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ – unter diesem Motto ist die Hanns-Seidel-Stiftung seit nunmehr 50 Jahren aktiv. Dieses Leitbild spiegelt sich auch in der Arbeit des Instituts für Internationale Zusammenarbeit wider. Unser wichtigstes Ziel ist, gemeinsam mit den Partnern vor Ort einen Beitrag zum Aufbau und zur Festigung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen zu leisten sowie zu einer nachhaltigen und gerechteren Entwicklung beizutragen.

Parlamente als Ort der Volksvertretung bilden ein Herzstück der Demokratie. Dabei scheinen sie aktuell ausgerechnet in den westlichen Demokratien unter Druck zu geraten. Die Pluralisierung von Lebenswelten und die fortschreitende Individualisierung machen es zunehmend schwerer, vielfältige gesellschaftliche Bedürfnisse zu einem übergeordneten Gemeinwohl zu bündeln. Auch die wachsende Komplexität und Interdependenz unserer globalisierten Welt tragen hierzu bei und führen zu einer Verengung der Gestaltungsräume. In einem als „postfaktisch“ bezeichneten Zeitalter, in dem Fakten nicht mehr im Mittelpunkt stehen, und sich (vermeintliche) Nachrichten und Meinungen weltweit in Windeseile verbreiten, in Zeiten, in denen populistische Bewegungen die Demokratie herausfordern, fällt es Politikern, Parlamenten und Parteien immer schwerer, ihre Funktion der Willensbildung auszuüben. Der außerparlamentarische Raum scheint hinsicht-

lich Kontroll- und Einflussmechanismen an Bedeutung zu gewinnen. Nicht selten wird von Legitimitätsverlust gesprochen.

Auch unsere Partnerländer stehen vor Schwierigkeiten. Allerdings sind diese oftmals anderer Natur: Neopatriachale oder klientelistische Strukturen erschweren demokratische Prozesse. In etlichen Staaten, in denen wir tätig sind, sind die Staatsbildungsprozesse noch lange nicht abgeschlossen. Hier fehlt die Erfahrung hinsichtlich parlamentarischer Arbeit, Abläufe oder Verwaltung. Auch die Politiker müssen erst Lernprozesse durchlaufen. Eine politische Kultur, in der zum Beispiel die Opposition ebenso als wichtiger Bestandteil des politischen Systems betrachtet wird, muss reifen. Fehlendes Wissen über politische Prozesse, Rechte und Pflichten, mangelndes Vertrauen in die Politik oder eine nur schwache Identifikation der Staatsbürger mit ihren Institutionen stellen Herausforderungen dar.

Dennoch bleiben Parlamente unabdingbar für demokratische Strukturen. In der Trias Exekutive, Legislative und Judikative kommt Ihnen die Rolle der gesetzgebenden Gewalt zu. Es sind die Parlamente, die in einer demokratischen Ordnung verbindliche politische Entscheidungen legitimieren. Sie üben im Sinne der Gewaltenteilung wie -verschränkung wichtige Kontrollfunktionen aus, unter anderem über das Budgetrecht durch die Bewilligung von Steuern oder Ausgaben. Und trotz der genannten Herausforderungen sind es letztlich die Parlamentarier, die, vom Volk als Vertreter gewählt und beauftragt, das Volk repräsentieren und den Willen der Wähler artikulieren.

Es gibt viele Parlamente ohne Demokratie, aber kaum Demokratie ohne Par-

lamente. Die Parlamentsförderung bleibt daher als ein zentrales Element der Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und somit von guter Regierungsführung ein wichtiger Bestandteil unserer internationalen Zusammenarbeit. Darin sehen wir die Voraussetzung für ein Leben in Würde und Freiheit, in Sicherheit und Frieden.

Dass sich Institutionenförderung im Bereich Parlamente nicht nur lohnt, sondern gerade im internationalen Kontext essenziell für Entwicklung und Stabilität ist, zeigt Prof. Dr. Ulrich Schöler in seinem Gastbeitrag. Selbstverständlich reichen Parlamente alleine nicht aus für den Aufbau und die Festigung demokratischer Strukturen. Demokratiepoltisches Know-How ist die Basis für Partizipation und eigenes, politisches Engagement. Auch eine pluralistische Parteienlandschaft, die der Gesellschaft Alternativen der Interessensvertretung anbietet, ist ein wichtiger Bestandteil repräsentativer Demokratie. Wie sich „Parlamentarismus im Einparteiensystem“ gestaltet, können Sie in unserem Beitrag aus Vietnam nachlesen. Tom Mboya aus Kenia beschreibt in einem Gastbeitrag hingegen den Versuch, eine neue, nicht ethnisch-orientierte, sondern wertebasierte Partei aufzubauen und ins Parlament zu führen.

Freie und faire Wahlen sind nicht nur ein bedeutendes Instrument der Bürgerbeteiligung, sondern unabdingbar für die Bestimmung der Volksvertreter in einem demokratisch legitimierten Parlament. Unser Artikel aus der Mongolei schildert eindrucksvoll, welchen Einfluss Wahlen und das Wahlsystem auf die Zusammensetzung des Parlaments haben können. Der Beitrag aus Myanmar geht hingegen der Frage nach, wie die Trans-

formation von einem jahrzehntelang diktatorischen hin zu einem demokratischen System rund um das „jüngste Parlament in Südostasien“ vorstättengeht.

In zwei aufschlussreichen Interviews können Sie schließlich mehr über den Parlamentarismus in unseren beiden Projektländern Kirgisistan und Kolumbien erfahren. Das Gespräch mit Parlamentspräsident Chynybay Tursunbekov zeigt auf, wie dieser die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Kirgisistan einschätzt und welche Rolle er sich dabei in seinem derzeitigen Amt zuschreibt. Jorge Humberto Mantilla, Generalsekretär der Abgeordnetenkammer Kolumbiens, geht unter anderem auf die Bedeutung des Parlaments für den kolumbianischen Friedensprozess ein.

Mit der Förderung demokratischer als auch rechtsstaatlicher Strukturen und Institutionen wie Parlamenten wollen wir auch weiterhin einen Beitrag zu den Rahmenbedingungen guter Regierungsführung und damit zu Demokratie, Frieden und Entwicklung leisten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre,



|| **Dr. Susanne Luther**

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung